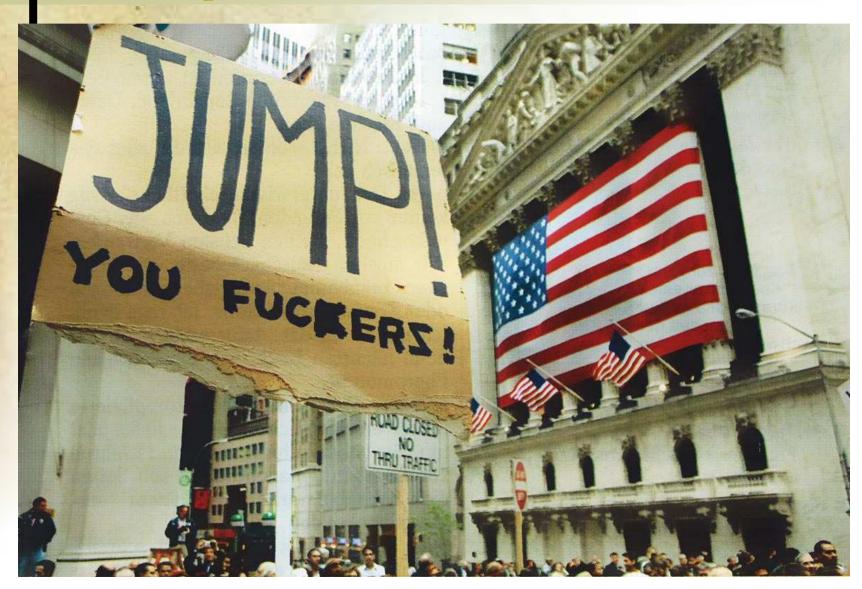
Arbeitswelt im Wandel

Vom Finanzmarktcrash zur Weltwirtschaftskrise: Krisenstrategien des Kapitals, neue Formen der Staatsintervention und zukünftige Aufgaben der Gewerkschaften

Bernd Röttger

Krisenimpressionen (I)



Krisenimpressionen (II)







Krisenimpressionen (III)



DIE RENAISSANCE **DES STAATES**





GIFFELDEMO



Krisenimpressionen (IV)

"Wer vor 18 Monaten 1.158,48 Euro in die Aktien der Commerzbank investiert hat, musste sich 18 Monate lang über fallende Kurse ärgern und hat heute noch 215,28 Euro übrig. Wer vor 18 Monaten 1.158,48 Euro in Krombacher Bier investiert hat, konnte: 18 Monate lang jede Woche einen Kasten herrliches Pils genießen, war ständig heiter, hatte viel Spaß, hat den Regenwald gerettet und hat heute noch.... (Achtung, jetzt kommt's)... Leergut im Wert 223,20 Euro!" (Aus einer mail an die Redaktion von labournet.de)

Überblick

- Kapitalismus und Krise: zum Charakter der gegenwärtigen Krise
- 2. Kapitalismus, Krise und Staat: zur politischen Ökonomie des neuen Staatsinterventionismus
- 3. Krise und Arbeit: über betriebliche Wettbewerbspakte und ihre Zukunft
- 4. Gewerkschaften und Krise: über Tradition(en) und Erneuerungen gewerkschaftlicher Krisenpolitik



Zum Charakter der gegenwärtigen Krise

Hypothese 1: Jede "große Krise" ist das Ergebnis einer spezifischen Konstellation im Regulationsgefüge von Kapital, Arbeit und Staat: 1873ff; 1929ff; 1974/75ff; 2007/08ff.

Hypothese 2: In "großen Krisen" ist keine Krisenüberwindung im bestehenden Gefüge der Regulation mehr möglich; die Krise entfaltet sich als Prozess gesamtgesellschaftlicher Umwälzungen, die einen neuen "Entwicklungstyp" generieren: 1873ff: "organisierter Kapitalismus"; 1929ff: Fordismus/Keynesianismus; 1974/75ff: neoliberale Globalisierung.

Hypothese 3: Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise triff die Gewerkschaften inmitten eines strategischen Such- und Erneuerungsprozesses, in dem sie neue Formen der Verknüpfung von Betriebs- und Tarifpolitik (des "politischen Ökonomismus") und neue Formen des politischen Engagements ("strategische Beziehungen in den Staat") erprobten. Wird die Krise nun zu einem Vehikel, zu tradierten Formen gewerkschaftlicher Identität und Politik zurückzukehren?

These 1: Der Finanzmarktcrash ist vordergründig das Ergebnis einer gigantischen Umverteilung "von unten nach oben" sowie der Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme und des Sozialstaates (Hypotheken ersetzen den sozialen Wohnungsbau). "Trickle-down-Effekte" dieser Umverteilungspolitik blieben aus; insofern handelt es sich bei der in der Krise waltenden Kapitalvernichtung vorrangig um eine "Selbstversenkung" des Kapitals.

These 2: Die Dimensionen der Krise (global, Staaten, kommunale Gebietskörperschaften, "Realwirtschaft") seit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers im September 2008 werden nur verständlich, wenn sie als langer Prozess der Restrukturierung des Kapitalismus seit 1974/75 (und nicht nur als Ausgeburt einer neoliberalen Regulation) analysiert werden.

- Krise des Fordismus ("profit-squeeze")
- Aufkündigung des Systems von Bretton-Woods
- "Neue internationale Arbeitsteilung"
- Receycling der Petrodollar"
- Internationalisierung des Kapitals und zunehmende weltwirtschaftliche Ungleichgewichte (Leistungsbilanzdefizite und Kapitalimporte, Ausdehnung der Kreditökonomie)
- strukturelle Überakkumulation des Kapitals
- Krise des Keynesianismus (Stagflation),
 Deregulierung ("neoliberale Konterrevolution") und
 "privatisierter Keynesianismus" (Colin Crouch)

These 3: Der Typus der heutigen Krise ist radikal neu: es handelt sich weder um eine Krise polanyischen Typs (der in einer "Doppelbewegung des kapitalistischen Marktes" in eine lange Phase institutioneller "Rückbettungen" mündet), noch um eine Krise marxschen Typs (in der bereits in der kapitalistischen Entwicklungsweise die Bedingungen gereift sind, den Kapitalismus zu überwinden).

These 3 (Fortsetzung): Als sicher gilt nur: die Krise hat sich aus dem Zentrum kapitalistischer Herrschaft ("finanzdominiertes Akkumulationsregime") entwickelt; Strategien, die sich auf den Erhalt "systemrelevanter Kräfte" konzentrieren, rekonstruieren nur erneut die Bedingungen ihres Eklats. Krisenüberwindung setzt eine radikale Reformulierung ökonomischer und politischer Strategien voraus.



"Alles, was auf Erden erfunden wird, / liegt irgendwo schon auf der Lauer"

(Peter Rühmkorf)



Staatsintervention – revisited

Hypothese 1: Die Metapher von der "Rückkehr des Staates" ist methodologischer Unsinn: das Verhältnis von Ökonomie/Politik, von Markt/Staat im Kapitalismus ist kein topologisches, sondern bezeichnet ein wechselseitiges Konstitutionsverhältnis. Die Wirkungsmechanismen der konkreten Formen "außerökonomischer Zwangsgewalten" (Marx) müssen immer neu analysiert werden.

Hypothese 2: Neue Formen der "Staatseinmischung" bezeichnen auch nicht zwangsläufig eine "Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst" und damit einen "sich selbst aufhebenden Widerspruch" und einen "Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform" (MEW 25: 454). Das ist etatistische Staatsillusion (...schon in den Mythen vom "organisierten Kapitalismus" und vom "Staatskapitalsims" aufzuspüren).

These 1: Staatsintervention agiert heute vorrangig in der Funktion als Reparaturbetrieb kapitalistischer Produktions- und Arbeitsverhältnisse. Die Bourgeoisie wechselt vom "Fluchtpunkt Ökonomie" (mit dem sie sich aus den Fesseln des fordistischen Klassenkompromisses befreien wollte) zum "Fluchtpunkt Staat" (der sie vor den eigenen Kräften der Selbstvernichtung schützen soll).

These 2: Vorstellungen kapitalistischer Krisenüberwindung als einem "Jenseits des Chaos der Märkte" transportieren antagonistisch gewordene Formen hierarchischer Staatsintervention und der Fabrikdisziplin. Sie reproduzieren "Muster eines Kasernenhofs mit einer strikt geregelten Befehlshiearchie" (Heinz Steinert).

These 3: Allen Konjunkturprogrammen, Abwrackprämien und Zinssenkungen zum Trotz: in der aktuellen Krise vollzieht sich keine Renaissance einer "keynesianischen Konstellation". Der "keynesianische Staat" (Buci-Glucksmann/Therborn) war integraler Bestandteil eines Klassenkompromisses, den er beständig neu hergestellt hat. Von einem Klassenkompromiss kann heute jedoch keine Rede mehr sein...

These 4: Gewerkschaftliche Krisenstrategien, die auf ein "Comeback der sozialen Marktwirtschaft" (Hubertus Schmoldt) vertrauen (um institutionelle Gewerkschaftsmacht gegenüber anderen Machtressourcen zu präferieren), verkennen nicht nur den Klassencharakter aktueller Staatsintervention, sondern auch den (Zu-)Stand gewerkschaftlicher Organisationsmacht in einer sich wandelnden Arbeitswelt.



Krise und Arbeit

Das Szenario der "Großen Krise": Erst werden die Leiharbeiter gekündigt, es folgt die Verordnung von Kurzarbeit, dann werden befristete Mitarbeiter nicht weiter beschäftigt, anschließend kommt die Streichung von tariflich vereinbarten Prämien, schließlich wird entlassen (in Transfergesellschaften, falls der Sozialplan es noch her gibt) – und mit der Drohung weiterer Entlassungen, werden Löhne und Arbeitsstandards weiter gesenkt.

Tarifliche Ausschöpfung des neutralen Verteilungsspielraums 1998-2008*

1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
-0,3	1,0	-1,6	-1,7	-0,2	0,2	-0,2	-1,8	-2,7	-0,6	0,4

^{*} Saldo aus Verteilungsspielraum (Anstieg von Verbraucherpreisen + Produktivität) und Tariferhöhung Quelle: Stat. Bundesamt, WSI-Tarifarchiv



"Heute geht man ja sofort an den Tarif ran... Die haben uns die ganze Palette aufgetischt. Und da haben wir einen Scheiß-Tarifvertrag gemacht... Ich habe aber doch keine Alternative mehr: entweder ich trage das mit, dann bin ich raus aus der Fläche; oder ich trage das nicht mit, dann bin ich raus aus dem Betrieb" (Gewerkschaftssekretär).

"… und wenn ein Betrieb den Antrag auf Abweichung stellt, heißt das ja noch lange nicht, dass wir da automatisch gut aufgestellt sind…" (Gewerkschaftssekretär)

Die Zeiten gewerkschaftlicher Herrlichkeit hatten sich schon vor der Krise verdüstert: das mit institutioneller Macht gestützte System der Flächentarifverträge konstituierte keine betriebliche Mindestnorm mehr, die durch betriebliche Vereinbarungen überschritten werden konnte. Unter den Bedingungen "erpresserischer Globalisierung" setzten sich im politischen Tausch" zunehmend betriebliche Wettbewerbspakte durch, in denen Konzessionen der Beschäftigten gegen (befristete) Beschäftigungsgarantien getauscht wurden.

In Krisenzeiten (und nicht als Mittel der Prosperität, sich besser/profitabler im internationalen Wettbewerb zu positionieren) interpretiert das Kapital Wettbewerbskorporatismus neu: als "Vorrang von betrieblicher Existenz- und Zukunftsfähigkeit vor allen sonstigen Einzelinteressen" (Martin Kannegießer, FR, 9./10.4.2009). Institutionen und Organe betrieblicher Mitbestimmung werden zu alleinigen "Erfüllungsgehilfen" kapitalistischer Verwertung. Taugen sie dazu nicht, können sie getrost abgeschafft oder unterminiert werden.



Einst wirkungsmächtige und von Gewerkschaften erkämpfte/erlittene Regulationen der Arbeit sind in ihrer betrieblichen Wirksamkeit entkräftet bzw. geschleift worden (Umkehrung der Funktion des Flächentarifvertrages). Zudem ging das "strategische Kalkül", durch temporärer Zulassen von "Abweichungen", Besitzstände der Stammbelegschaften halten zu können, nicht auf.



Die Erfahrungen, dass der Verallgemeinerung interessenpolitischer Rückschritte in den Betrieben nur wirksam begegnet werden kann, wenn betriebliche und überbetriebliche Kämpfe neuartig verknüpft werden, bildete den Humus für Prozesse "gewerkschaftlicher Erneuerung", die geronnene Gewerkschaftsidentitäten teilweise bereits deutlich hinter sich ließen.

"Die Führung des Klassenkampfes wurde durch innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen um die Auffindung von Kompromissen ersetzt ... Nur noch alle drei Jahre ein Kongress, möglichst keine Mitgliederversammlungen, keine Problemdiskussionen, keine gewerkschaftlichen Aktionen, bestenfalls Telegramme an den Bundeskanzler" (Viktor Agartz 1971: 115 ff.).





US-Präsident Barack Obama verkündete im Januar 2009 eine radikale Abkehr von der Politik seiner Vorgänger – nicht nur in der Außenpolitik: "Wir müssen viele der Entscheidungen aus den vergangenen acht Jahren in Bezug auf Arbeitnehmervertretungen rückgängig machen". Gewerkschaften, die einst die prominentesten Opfer der waltenden "neoliberalen Konterrevolution" waren, können aufatmen, sieht Obama doch die Arbeiterbewegung nicht als "Teil des Problems, sie ist Teil der Lösung" (zitiert nach Tagespiegel, 30.1.2009).

- "Wir stehen vor massiven
 Auseinandersetzungen" (Bertold Huber,
 in: Stuttgarter Zeitung vom 6.4.2009)
- "Die Bereitschaft zu verzichten… ist derzeit nicht vorhanden" (Jörg Köhlinger, in: FR vom 8. 4.2009)
- "Lohn-Geschenke für Firmen sind passé"
 (Lothar Wetzel, FR vom 13.3. 2009)

In der Krise werden zunächst die von den Gewerkschaften in den Branchenkrisen der 1970er und 1980er Jahren erstrittenen Instrumente korporatistischer Krisenbewältigung reaktiviert (vor allem: Transfergesellschaften; weniger: Frühverrentung). Die Erfahrung lehrt: bereits in den 1990er Jahren bildeten diese Instrumente oft Elemente der Schwächung gewerkschaftlicher Organisationsmacht, weil Gewerkschaften als "Experten für sozialverträglichen Beschäftigungsabbau" für Dauerarbeitslosigkeit mit verantwortlich gemacht wurden.

Gewerkschaften können aber auch an andere Traditionen anknüpfen. Insbesondere in der Werftenkrise sind Konzepte der Aktivierung des "unmittelbaren Produzentenwissens, der Entwicklung "alternativer Produktion", neuartiger Formen der "Arbeiterkontrolle" sowie demokratischer Organisationsformen regionaler Strukturpolitik ("regionale Wirtschafts- und Strukturräte") erprobt worden.

Noch offen: vertrauen Gewerkschaften auf ein "Comeback der sozialen Marktwirtschaft" und den Staat als "Appellationsinstanz" für einen "Green New Deal", oder besinnen sie sich auf ihre eigenen Kräfte und Konzeptionen der Krisenbeantwortung und zeigen damit, dass abhängig Beschäftigte doch "an etwas 'Großem' teilhaben, an etwas, das über die enge' Welt, in der sie leben, hinausweist und das ihnen erlaubt, sich mit anderen zu identifizieren" (Beaud/Pialoux: Die verlorene Zukunft der Arbeiter, Konstanz 2004: 273).



"Die Befreiung kann uns nicht gegeben werden, wir müssen sie selbst erobern. Erobern wir sie nicht selbst, so bleibt sie für uns ohne Folgen. Wir können uns nicht befreien, wenn wir nicht das System, das uns unterdrückt, und die Bedingungen, aus denen das System erwächst, beseitigen. Wie aber soll die Befreiung nun von uns ausgehen, wie sollen die Umwälzungen vollzogen werden, wenn wir immer nur gelernt haben, uns zu fügen, uns unterzuordnen und auf Anweisungen zu warten" (Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands, Erster Band: 226).